

Krisenwahlkampf im Superwahljahr:

Frau Schwan warnt vor sozialen Unruhen

1. Krise als Chance für Stimmenfang im Wahlkampf

Die Kandidatin der SPD für das Präsidentenamt ist ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. Sie hat eine Warnung des DGB-Chefs Sommer aufgegriffen und öffentlich geäußert, sie könne es sich vorstellen, „dass in zwei bis drei Monaten die Wut der Menschen deutlich wachsen könnte“. „Wenn sich dann kein Hoffnungsschimmer auf tut, dass sich die Lage verbessert, dann kann die Stimmung explosiv werden.“ (SZ, 23.04.2009) Frau Schwan regte an, die Regierung müsse sich schleunigst darum kümmern und für einen „Hoffnungsschimmer“ sorgen. Ihre Gegner haben ihr darauf hin vorgeworfen, „zu zündeln“ und „Unruhen herbeizureden“. Sämtliche ideellen und tatsächlichen Verantwortungsträger der Republik regt dieses Hin und Her zu eigenen Stellungnahmen an. Was ist da los?

Politiker aller Parteien, Wirtschaftsleute und sonstige Fachleute kündigen an: Die Bewältigung der tiefsten Krise seit den dreißiger Jahren geht auf jeden Fall auf Kosten der einfachen Leute, wie denn auch sonst, dafür haben sie sie nun mal eingeplant, und ist mit ein bis zwei Millionen weiteren Arbeitslosen und einer erheblichen Verschlechterung der sozialen Lage großer Teile der Bevölkerung verbunden. Mitten in der tiefsten Krise ist aber auch noch Superwahljahr. Von daher stellt sich die Frage, wie es um die Zufriedenheit im Volk steht und wie sich die Krise auf den Wahlkampf auswirkt. In dieser Situation ist es der Frau Schwan, der SPD-Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten, eingefallen, in das krisengebeutelte Volk hineinzuhorchen und ihm ein „Unbehagen über die wachsende soziale Kluft“ abzulauschen, das „seit Jahren in Deutschland“ bestehe (Schwan, SZ 23.4.). Damit das Volk mit seinem Unbehagen nichts verkehrt macht, bringt sie es zur Sprache und definiert auch gleich selber, weswegen die „Stimmung explosiv“ zu werden droht: Wenn schon Opfer sein müssen, dann soll es bitte auch die treffen, die vor der Krise profitiert oder sie sogar verschuldet haben, auf jeden Fall aber bitte alle gleichmäßig. Das Recht darauf billigt sie dem Volk zu und für diesen Ausgleich verspricht sie sich einzusetzen. Zielsicher steuert sie auf die von der SPD ins Spiel gebrachte „Gerechtigkeitslücke“ zu. Wenn man die Nöte des Volkes so anspricht, so die Idee der Frau Schwan, verwandelt sich das „Unbehagen“ in den vom Volk ersehnten „Hoffnungsschimmer“ – und in Wahlstimmen für die SPD. Einigen ihrer Genossen, vor allem denen, die seit Jahren erst ohne und jetzt mit der Koalition mitregieren, halten von Frau Schwan und ihrer Sorte mit Unzufriedenheit Wahlwerbung zu machen allerdings gar nichts. Wenn man dermaßen eindringlich auf der von ihnen erfundenen Gerechtigkeitslücke herumreitet, befürchten sie, könnte womöglich ein Schatten auf ihre Regierungsarbeit fallen. Den Anschein, in der Nation eine soziale Schiefelage produziert zu haben, dementieren sie entschieden. „Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Peter Struck, kritisierte ihre Äußerungen über mögliche soziale Unruhen im Land. 'Es ist nicht gut, wenn wir davon reden, dass hier Unruhen ausbrechen könnten wie in Frankreich oder anderswo', sagte Struck der Zeitung 'Rheinische Post' und fügte hinzu: 'Das untergräbt die Bemühungen der Bundesregierung, die ja gerade alles tut, um die tiefe Krise für die Menschen abzumildern.'“ (FAZ, 24.4.)

Vielmehr muss man – so Struck, Steinmeier & Co –, anstatt die „Folgen der Wirtschaftskrise zum jetzigen Zeitpunkt zu dramatisieren“ und „Unruhen herbeizureden“, das Volk darauf hinweisen, was die Koalition alles tut und schon getan hat, um die Krise zu bewältigen: Verlängerung der Kurzarbeit auf 24 Monate, Abwrackprämie, das zweite Konjunkturprogramm, das „dabei ist, seine Wirkung zu ent-

falten“ und der Sozialstaat, „der auch Möglichkeiten schafft, mit schwierigen Situationen klarzukommen“ (Steinmeier und Scholz, SZ, 24.4.). Und man muss betonen, dass alle diese Maßnahmen als „Abmilderung der Krise für die Menschen“ zu sehen sind, denn wie sollen die Menschen jemals wieder in bessere Umstände kommen, wenn nicht dadurch, dass nach der Krise neues Wachstum und neue Arbeitsplätze entstehen? Die Bevölkerung braucht deshalb – und weiß das auch genau – vor allem Geduld und nicht Leute, die Unruhen „wie in Frankreich“ herbeiquatschen wollen, wo das Volk in Deutschland von sich aus gar keinen Grund sieht, die Bemühungen der Bundesregierung um sein Wohl mit seinem Unmut zu stören. Und sie braucht eine Führung, die diese Geduld zu würdigen weiß, anstatt Ungeduld zu ermuntern, wie es Frau Schwan tut.

Auch der amtierende Bundespräsident geht zur Gegenoffensive über und wirft seiner Herausforderin vor: Wer der Unzufriedenheit recht gibt, der sorgt für die falsche Stimmung im Lande. Gerade jetzt ist Optimismus angesagt: „Natürlich ist die Krise beherrschbar“, ... 'Was nicht geschehen sollte, ist: uns selbst erstens in Panik reden. Und zweitens in eine Situation reden, als könnten wir diese Krise am Ende nicht beherrschen – weder im Wirtschaftspolitischen noch im Sozialen.' ... Köhler sagte jetzt: 'Ich bin überzeugt davon, dass die Demokratie in Deutschland feste Wurzeln gefasst hat. Und deshalb denke ich, dass die Demokratie in Deutschland auch diese Krise bestehen wird.' Der Bundespräsident fügte hinzu: 'Ich bin zutiefst überzeugt davon: Die Deutschen sind nicht nur dann Demokraten, wenn's mehr zu verteilen gibt, sondern sie haben dieses Wertekonzept der Demokratie aufgenommen und werden dann auch mit dieser Krise entsprechend fertig werden.'“ (SZ, 25.4.)

Der Mann glaubt an die Macht des Wortes: An sich wäre die Krise beherrschbar. Aber wenn „Wir“ – Volk und Führung – „uns“ in Panik reden, dann lassen „wir“ „uns“ auseinanderdividieren und dann ist eine Situation herbeigeredet, in der die Krise nicht mehr beherrscht werden kann. Natürlich sind Opfer in „harten Zeiten“ unvermeidlich, das will auch die Fraktion um Köhler und Merkel nicht verschweigen, doch ein Grund zur Unzufriedenheit sind sie nicht, denn sie sind unvermeidlich und lohnen sich – für Deutschland. Man muss dem Volk Hoffnung machen, ihm aufzeigen, dass der Weg aus der Krise Deutschlands Chance ist, seine Position in der Welt zu verbessern. „Wir“ werden mit der Krise schon fertig, wenn jeder an seinem Platz das Seinige tut. Darauf kann man gar nicht oft genug herumreiten, denn wenn das Volk eine Perspektive bekommt, dann steht es felsenfest zu seiner Führung. Wer von Unruhen redet, ermuntert bloß Unruhestifter und betreibt so gesehen nur „das Geschäft von Rattenfängern am rechten und linken politischen Rand“ (Seehofer, SZ, 24.4.), die an sich beim Volk nicht den Hauch einer Chance hätten. Die Unzufriedenheit, die Frau Schwan dem Volk zubilligt, wird als böse Unterstellung genommen, die das einsichtige Volk nun wirklich nicht verdient hat: Es liegt ihm völlig fern, wegen ein paar neuen Härten, die ihm grad widerfahren und bloß, weil es nichts zu verteilen gibt, das feine demokratische System samt seinem Wertehimmel anzuzweifeln. Merkel demonstriert öffentlich, dass sie sich um die Zustimmung des Volkes keine Sorgen macht und nicht umhin kommt, „die Menschen“ zu loben, „die „sich angesichts der Krise sehr besonnen verhalten“ hätten. Ein gutes Volk lässt sich doch nicht von „übertriebenen Warnungen vor Unruhe“, von „unverantwortlichen“ Möchtegern-Führern „verunsichern“. An deren Adresse ergeht die Aufforderung, sich an der „Besonnenheit der Deutschen“ lieber mal ein

Fortsetzung Seite 3, Spalte 1 oben

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

Vortrag mit Diskussion

Erfurt, Emsdetten, Winnenden

School Shooting – noch eine moderne Plage, mit der die freie Gesellschaft leben muss

Wenn wie kürzlich wieder ein jugendlicher Amok läuft und Lehrer und Mitschüler umbringt, ist die zivilisierte Menschheit bis hin zum Bundespräsidenten fassungslos. Unerklärlich, wie ein junger Mensch so "durchdrehen" und anderer und sein Leben so gewaltsam beenden kann.

Ganz so unerklärlich, wie alle Wohlmeinenden behaupten, sind solche Amokläufe allerdings nicht. Ihre Erklärung wirft nur kein gutes Licht auf das demokratische Schulsystem, auf das Leben in der kapitalistischen Konkurrenzgesellschaft, für das wir in der Schule lernen, und auf den Seelenhaushalt junger und nicht mehr so junger Zeitgenossen, die in dieser Gesellschaft sich behaupten und ihr Glück machen wollen.

Donnerstag, 18. Juni 2009, 20.00 Uhr

K4 im Künstlerhaus, Festsaal, Nürnberg, Königstraße 93

www.gegenstandpunkt.com / gegenstandpunkt@t-online.de

Dokumentationen von Vorträgen im mp3-Format sind abrufbar unter:
www.arguiss.de

Die Leistung der demokratischen Wahlen – vorgeführt von Barack Obama

Wie die Unzufriedenheit der Bürger produktiv gemacht wird für die Fortschritte der Herrschaft

Wie Barack Hussein Obama den Weg zum 44. Präsidenten der USA gemeistert hat, hat zu einer Orgie der Bewunderung für diesen Mann geführt. Und das nicht nur beim amerikanischen Wahlvolk und seinen meinungsbildenden Betreuern, sondern auch bei deutschen und sonstigen Weltbürgern, die ihn gar nicht wählen können. Darüber hinaus gelten Wahlkampf und Machtübernahme des ersten schwarzen Chefs der Weltmacht Nr. 1 als ein muster-gültiger Beleg für die Schönheit und die Leistungsfähigkeit der Demokratie. Nicht ganz zu Unrecht. Denn vom Standpunkt effektiver Herrschaft aus hat diese Staatsform in der Tat einige Vorzüge zu bieten.

1. Change als Angebot ans Volk: Hoffnung auf den guten Führer – für eine neue Runde freiwilliger Auslieferung an die Staatsgewalt

Barack Obama ist als Bewerber um das höchste Amt der USA gegen altgediente Konkurrenten in und außerhalb seiner Partei angetreten. Er kommt aus der demokratischen Opposition und präsentiert sich von Anfang an als deren radikalster Vertreter. Er konfrontiert die Bürger mit der Hauptparole „change!“, plädiert für eine umfassende Veränderung – ohne jedes Attribut, ohne Objekt und Zielangabe. So nimmt er Bezug auf die grassierende Unzufriedenheit im Lande, erklärt sich zu ihrem Sprachrohr und Anwalt. Die vollständige Abstraktion von jedem Inhalt und von allen Gründen des Unmuts, die in der Leerformel vom notwendigen Wechsel daher kommt, ist beabsichtigt: Sie gibt jeder beliebigen Beschwerde Recht. Denn das ist der Trick dieses oppositionstypischen Wahl(kampf)programms, das mit nur einem Wort auskommt: Es bietet jedem zur Wahl aufgerufenen Bürger die Möglichkeit, seine Vorstellungen und seine Wünsche, worin auch immer sie bestehen mögen, hineinzulegen in das Versprechen vom Wandel, den der neue Präsidentschaftskandidat Obama in Aussicht stellt. Dafür ist die Parole gut und dafür gibt der Politiker in seinen Reden den passenden Nachhilfeunterricht. Er zählt gleich selbst alle möglichen Missstände auf, an welchen man als rechtschaffender Bürger Anstoß nehmen kann – Missstände, die lauter Änderungswünsche provozieren müssen. Und das sollen sie auch. Denn die will er bestätigen und verstärken, um sie einzusammeln und abzuholen und ihnen eine konstruktive Richtung zu weisen:

Bei ihm ist alle Unzufriedenheit bestens aufgehoben! Und an Anlässen bietet die kapitalistische Weltmacht Amerika schließlich keinen Mangel, wie man den Wahlreden des Kandidaten entnehmen kann:

- Dass etwa verdiente Alte von ihren Renten nicht mehr leben können;
- dass Millionen Kinder nicht krankenversichert sind und die medizinische Versorgung für viele Landsleute unerschwinglich ist;
- dass immer mehr anständige Bürger ins Elend abstürzen, egal, ob sie einen oder mehrere Jobs oder gar keinen haben;
- dass die hohen Benzin- und Energiepreise zur Verarmung beitragen und die Politik sich nicht um neue Energiequellen, die Umweltzerstörung und den Klimawandel gekümmert hat;
- dass viele ihre Häuser und Vermögen verlieren, weil sie die Kredite nicht mehr zahlen können, mit denen „gierige Banker“ ihre Geschäfte machen;
- dass Guantánamo den USA Schande bereitet, ein gerechter Krieg gegen die Taliban nicht gewonnen wird, während ein „dummer Krieg“ im Irak unnötigerweise Soldatenleben verheizt und Amerikas Ruf in der Welt beschädigt;
- solche und andere Zustände, die der gute Ami-Staatsbürger beklagen mag, firmieren in den Wahlkampfreden des Barack Obama als beliebig variierbare und kombinierbare Stichwörter, welche die Unzufriedenheit der Bevölkerung auf- und abrufen und die Notwendigkeit eines change anschaulich machen. Gleichgültig, ob es sich um materielle Sorgen der Konkurrenzsubjekte oder um Beispiele verletzten Nationalstolzes handelt, alles ist willkommen zur Aufbereitung und Bebilderung der entscheidenden Botschaft: „Amerika muss verändert werden.“ Eine Botschaft aus Politikermunde, die zu Recht kein demokratisch erzogener Mensch als Auftakt zu einer Debatte missversteht, was wie zu verändern wäre, sondern so versteht, wie sie gemeint ist: als Schluss des politischen Dialogs zwischen dem Volksvertreter und seinem Volk. Dieser Schluss fordert eine einzige Konsequenz, und die ist auch schon die Lösungsperspektive für alle Probleme: den Glauben des zur Wahl gerufenen Bürgers, dass ein Präsident Obama Amerika zum Besseren verändert. Dazu macht die zweite Parole Mut, die dem Aufruf zum change auf dem Fuße folgt:

Fortsetzung Seite 4, Spalte 1 oben

Kritik der bürgerlichen Wissenschaft

Das Stichwort:

Gefühl & Verstand

Dass diese beiden einen *Gegensatz* bilden, gilt im Reich der Wissenschaft als ausgemacht. Ebenso, dass jeder dieser beiden Pole vom Standpunkt des jeweils anderen sein Plus und Minus verdient hat. So darf bei „Gefühl“ in Abgrenzung zur „kalten Intelligenz“, die sich manches Zerstörungswerk nachsagen lassen muss, alles Gute assoziiert werden: Von „echt“ über „unmittelbar“ bis „harmonie-stiftend“ reichen die dem Gefühl zugesprochenen Attribute, und ein ganzes Geschlecht rühmt sich, diese Vorzüge des Fühlens so ziemlich gepachtet zu haben. Sogar in den Rang eines unwidersprechlichen Arguments hat man das Gefühl erhoben: „Ich empfinde es eben so!“

Solcher *Missbrauch* des Gefühls als *Argumentersatz* leuchtet genau denselben Leuten schwer ein, die andererseits dem Gefühl den harschen Vorwurf *fehlender Vernunft* zu machen verstehen. Da fängt man sich schon mal leicht den Vorwurf der weltfremden Gefühlsduselei oder auf Lateinisch: emotionaler Argumentation ein, wenn man sich über eine Unschönheit der bürgerlichen Welt empört. So jemand muss sich dann sagen lassen, dass er es an der nötigen „vernünftigen“ Distanz fehlen lasse, die dann nicht kalte Intelligenz heißt.

Offenbar denken bürgerliche Geister eben bei Gefühl und Verstand immer nur an das Eine: Die *Anpassung* an die bürgerlichen Realitäten wird einem Willen abverlangt, wann immer er in den Verdacht steht, sich der *Abweichung* schuldig zu machen. Und diese klagen solche Leute an, wenn sie einmal gefühlskalte Intelligenz, das andere Mal unvernünftige Gefühlsduselei monieren. Die Fähigkeit, Fühlen und Nachdenken, diese unterschiedlichen *Formen* der Willensbetätigung, richtig zu unterscheiden, leidet unter dieser Parteilichkeit allerdings ein wenig.

Vom Fühlen und Denken

Im Gefühl *misst* das Individuum die Lage, in der es sich befindet, an seinem Bedürfnis und *empfindet* die Übereinstimmung oder Differenz von seinsollendem und vorliegendem Zustand als *angenehm* oder *unangenehm*:

„Der *fühlende Wille* ist daher das Vergleichen seines von außen kommenden, unmittelbaren Bestimmtheits mit dem durch seine eigene Natur gesetzten Bestimmtheits. Da das letztere die Bedeutung dessen hat, was sein soll, so macht der Wille an die Affektion diese Forderung, mit jenem übereinzustimmen. Diese Übereinstimmung ist das *Angenehme*, die Nichtübereinstimmung das *Unangenehme*.“ (Hegel, Enz. III § 472, Hervorhebungen im Original)

Die besonderen Arten des Gefühls – Freude, Furcht, Ärger, Trauer, Zuneigung, Scham etc. – ergeben sich daher aus den beiden Seiten des Vergleichs; dem, was sich das Individuum als erwünschte Lage vorgenommen hat einerseits und der der Bewertung der vorfindlichen Situation andererseits. Furcht, „das Gefühl meines Selbstes und zugleich eines mein Selbstgefühl bedrohenden Übels“ (ebd.), empfindet nur, wer seine Lage als gefährlich einschätzt, statt sich in Sicherheit zu wiegen. In der Scham z.B. empfindet der Mensch die Abweichung seines Tuns von einer von ihm gebilligten Pflicht, was ein mit moralischen Maßstäben ausgestattetes Individuum voraussetzt.

Der *Maßstab*, an dem das Subjekt die Welt im Fühlen misst, ist dabei ebensowenig Gegenstand der Reflexion wie die Beurteilung der Situation. Beides ist *vorausgesetzt*. Dabei können ganz zufällig gewählte Gesichtspunkte, die keinem Argument je standhalten würden, ebenso zur Anwendung kommen wie andere, denen ein fertiges Weltbild zugrunde liegt. Wer am Montagmorgen gerademal die richtige Konsistenz seines Frühstückseies zum Dreh- und Angelpunkt seines Lebensgefühls erkoren hat, dem mag ein zu hart gekochtes Ei die Laune für den Tag verderben. Wer bei der Nationalhymne von einem wohligen Schauer ergriffen wird, der hat schon mehr mit sich angestellt, als sich den Zufälligkeiten von Launen hinzugeben. Der muss schon das Urteil

über seine Nation im Hirn haben, er sei in ihr bestens aufgehoben. Und Ärger über den Militarismus von George W. Bush wird nur derjenige empfunden haben, der eine Kritik an diesem Erfolgsweg der amerikanischen Welt-herrschaft hatte.

Das Individuum bringt also u. a. die Quintessenz seiner Einsichten über die Welt als Maßstab des Fühlens zur Anwendung, ohne sich die *Gründe* dafür jeweils neu vorlegen zu müssen. Ihm ist z.B. seine Stellung zum Führer der amerikanischen Weltmacht gewiss, und der Ärger stellt sich deshalb automatisch ein, ohne dass es sich seine Einwände gegen diesen Entscheidungsträger in Erinnerung rufen müsste. Daher können sich Gefühlsurteile auch von Verstandesurteilen *trennen*. Die neu gewonnene Einsicht, dass Eifersucht ein Fehler ist, *fällt nicht zusammen* mit der Korrektur des gewohnheitsmäßig und selbstverständlich im Gefühlsurteil angelegten Maßstabs, so dass man in diesem Fall nicht umhinkommt, sich zu kritisieren, wenn man sich im alten Fahrwasser ertappt.

Im praktischen Gefühl liegt ein Widerspruch, welcher seine vernünftige Auflösung im *Übergang* zum Verstandesurteil findet: Der Vergleich von sich mit der Welt wird vom Individuum angestellt, weil es die *praktische* Übereinstimmung seiner objektiven Lage mit seinen Interessen will. Zugleich verhält es sich im Fühlen *passiv*. Es lässt sich von einer ihm *vorausgesetzten* Realität beeindrucken. Wer sich über etwas ärgert, wird es daher rationalerweise nicht beim Ärgern, dem *Konstatieren* von Abweichung belassen, sondern darauf *sinnen*, den *Grund* seines Ärgers zu *beseitigen*.

„Im praktischen Gefühl ist es zufällig, ob die unmittelbare Affektion mit der inneren Bestimmtheit des Willens übereinstimmt oder nicht. Diese Zufälligkeit, dieses Abhängigsein von der äußeren Realität, widerspricht dem sich als das An-und-für-sich Bestimmte erkennenden, die Objektivität in seiner Subjektivität enthalten wissenden Willen. Dieser kann deshalb nicht dabei stehenbleiben, seine immanente Bestimmtheit mit dem Äußerlichen zu vergleichen und die Übereinstimmung dieser beiden Seiten zu *finden*, sondern er muss dazu fortschreiten, die Objektivität als ein *Moment* seiner Selbstbestimmung zu setzen, jene Übereinstimmung, seine Befriedigung also selber *hervorzubringen*.“ (ebd. §473)

Wer es darauf abgesehen hat, seine Lebensumstände seinen Interessen gemäß zu *machen*, sollte sich dabei allerdings nicht von seinem Gefühl *leiten* lassen. Wenn nämlich die richtige Abhilfe gefragt ist, dann bedarf das der Loslösung von der Befangenheit im vergleichenden Urteil zugunsten einer *objektiven Prüfung* der beiden Seiten des Vergleichs. Zur Klärung der Frage, *warum* ein ärgerlicher Zustand herrscht, damit man weiß, wo der Hebel der Änderung anzusetzen ist, trägt das Gefühlsurteil, *dass* er vom Ideal abweicht, wenig bei. Wer Angst hat, seine Bremsen könnten versagen, der sollte sich weder der Empfehlung der Psychologie anschließen, seine Angst in gruppenspezifischen Sitzungen zu bearbeiten, noch sollte er die psychologische Lüge glauben, Angst sein ein Mechanismus, der zu sinnvollem Fluchtverhalten führe. Vielmehr empfiehlt es sich, seinen Verstand zu gebrauchen und die nächste Werkstatt anzulaufen. Wenn es darum geht, den *Grund* der Angst zu beheben, ist Angst wirklich der schlechteste Ratgeber.

Die bürgerliche Ideologie: Gefühl gut – Verstand schlecht

Die bürgerliche Manier, Gefühl und Verstand nicht zu unterscheiden, sondern mit moralischen Plus- und Minuspunkten zu versehen, will dem Fühlen das Lob zuteil werden lassen, hier herrsche keine „Zweckrationalität“. Fühlen bürge daher im Gegensatz zum Verstand für „liebende Hingabe“, Harmonie und wie die Attribute alle heißen. Diese Übersetzung hat zwar die Wahrheit nicht auf ihrer Seite, denn *Zweckfreiheit* kennzeichnet ein fühlendes Individuum sicher nicht; und wer

einmal einen *Wutausbruch* erlebt hat, mag auch die harmoniestiftende Qualität des Gefühlslebens bezweifeln. Aber dieses falsche Lob der Emotion plaudert immerhin aus, welches *Moment* bürgerlichen Ideologen am Fühlen so gut gefällt. Dass der Mensch sich im Gefühl *nicht* theoretisch zum *Herrn* der ihn umgebenden Lebensumstände macht, das hat es ihnen angetan. So sehr, dass sie diese *negative* Bestimmung, Fühlen sei *nicht* Begreifen und Bestimmen der Welt, zur Eigenart des Gefühls machen. Im Willen zum *Begreifen* der Realität vermuten sie nämlich die Absicht, sie nach eigenem Bilde zu *formen*. Und in dieser menschlichen Schwäche, auch Egoismus genannt, liegt bekanntlich die Quelle aller Übel, vom Krieg bis zur Atomkraft. Dabei muss man nur die kleine Verwechslung unterschreiben, alles Missliebige auf der Welt verdanke sich der Tatsache, *dass* „der Mensch“ sich „die Schöpfung untertan“ machen will und nicht etwa dem *Inhalt* der in dieser Republik qua Gewalt verbindlich gemachten Ziele von Kapital und Staat.

... und umgekehrt

Nichts belegt schöner, welcher Standpunkt dem Gefühl solche Ehren eingebracht hat, als das *perfide Lob* des Verstandes, das aus derselben Quelle stammt: Die Aufforderung „Sei doch vernünftig!“ und „Reagier doch nicht so emotional!“ ist nicht misszuverstehen als Aufruf, für die eigene Sache Vernunft zu bemühen. Hier handelt es sich um einen *Ordnungsruf*, der dann ergeht, wenn jemand in den Verdacht gerät, sein *Interesse* zum Maß der Dinge zu erheben, statt die „Vernunft“ der *Anpassung* an das Vorhandene zur Richtschnur seines Treibens zu machen. Dieser Vorwurf, „bloß emotional“ zu sein, wendet sich daher auch gegen Äußerungen, die sich ganz auf dem Feld des *Argumentierens* bewegen. Dass „Angst ein schlechter Ratgeber ist“, diese Kritik haben sich zu Nachrüstungszeiten Friedensbewegte eingefangen, die *Einwände* gegen diesen Aufrüstungsschritt zu machen wussten. Hier fällt eben denselben Leuten, die ansonsten das Gefühl als Hort der Zweckfreiheit hochleben lassen, ein Mangel des Gefühls ein. Das Gefühl kann sich nämlich ganz subjektiv gewählte Gesichtspunkte zur Messlatte machen, die gar nicht zur gewünschten Deckung von Individuum und Realität führen, die man doch dem Gefühl so gern als Leistung bescheinigt. Dass diese *Feststellung* einer Abweichung dasselbe wie *Kritik* ist, wissen Leute ganz genau, die verlangen, dass man sich seine Maßstäbe fürs Fühlen und Urteilen bei den herrschenden Instanzen abzuholen hat. Wer die Gleichung verletzt, Vernunft sei dasselbe wie selbstbewusstes Sich-fügen, dem wird mit dem Tot-

schläger „bloß gefühlsgeleitet“ mitgeteilt, dass er das Recht auf argumentative Befassung verwirkt hat.

In bester Gesellschaft

Mit dem Lob auf die Vernunft als Kontrollinstanz gegen die „subjektive Willkür“ befindet sich die Wissenschaft also in bester Gesellschaft. Ebenso mit der Verherrlichung des Gefühls als Bürge gegen menschliche Amtsanmaßung. Welcher Politiker wüsste denn nicht, dass unsere Kultur im Allgemeinen und die Erziehung im Besonderen an einer „Überfrachtung“ mit Ratio krankt, die, weil zutiefst inhuman, einer echten „Herzensbildung“ Platz machen sollte?

Auch die politisch Verantwortlichen wissen eben am Gefühlsurteil sehr zu schätzen, dass hier ohne „Hinterfragen“ geurteilt wird. Die gewünschten nationalen Ideologien wollen sie der Prüfung durch den Verstand nämlich lieber nicht aussetzen. Der nimmt sich ja am Ende die Freiheit heraus, die Zustimmung zum großen Ganzen von dafür gelieferten guten Gründen *abhängig* zu machen. Und da es solche offenbar nicht gibt, hängt man dem Manipulationsideal an, das „Pro“ möge sich ohne Infragestellung durch die Ansprüche der Vernunft ins Gefühl versenken lassen. Auch diese Vorstellung hat zwar die Wahrheit nicht auf ihrer Seite, denn der gefühlsmäßige Zuspruch zur Nation hängt allemal davon ab, dass ein Mensch sich dafür (verkehrte) gute Gründe zurechtgelegt hat. Sie kündigt aber immerhin davon, wie *unbedingt* demokratische Politiker den Nationalismus im Volk verankert sehen wollen.

Fazit:

Die Entgegensetzung von Gefühl und Verstand, die am Gefühl die „Abwesenheit von Zweckrationalität“ und die Vernunft als Zügel gegen die „subjektive Willkür“ des Gefühls schätzt, stellt der bürgerlichen Gesellschaft kein gutes Zeugnis aus. In beiden Fällen steht nämlich die *freie* Stellung am Pranger, die die Welt an den eigenen Interessen misst und den Standpunkt zu ihr vom Ergebnis dieser Prüfung abhängig macht.

„Aber ich empfinde es so!“

So beruft sich mancher aufs Gefühl, um einen Standpunkt gegen Einwände zu rechtfertigen. Gerade so, als sei das Fühlen eines Menschen etwas so Hochwertiges und Unwidersprechliches, dass man den darin ausgedrückten Willen auch gleich zu respektieren statt zu kritisieren hat. Vorsicht! Auch der letzte Faschist hat den Hass gegen die Juden und die Liebe zu Deutschland, für das er gemordet hat, ganz tief *empfunden*. Das macht die Sache doch nicht besser, oder?

Reihe Argumente gegen die bürgerliche Wissenschaft

Die Mikroökonomie

Von der Erklärung des Werts über die Erfindung des Grenznutzens zum mathematischen Lob des Marktes
119 Seiten € 12.–
ISBN-13: 978-3-929211-09-2
ISBN-10: 3-929211-09-2

Die Münchner Philosophie

Ethik, Logik und Wissenschaftstheorie
Sinnstiftung und Skepsis –
Das Programm einer wieder in Mode gekommenen Beamtenwissenschaft
ISBN 3-922935-24-9 € 8.–

Kritik der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft

Glaubenssätze und Methoden der national-ökonomischen Weltanschauung
€ 5.–

Argumente gegen die Psychologie

Herausgegeben vom Resultate-Verlag
ISBN 3-922935-36-2 € 5.–

Argumente gegen Umwelt und Ökologie

€ 5.–

Argumente gegen die Medizin

€ 5.–

Kritik der "Kritischen Kritik"

Der "Frankfurter Schule" (Adorno, Horkheimer, Fromm)
€ 5.–

Argumente gegen die Politologie

€ 5.–

Erhältlich am Büchertisch der SHG oder direkt beim GegenStandpunkt Verlag

GEGENSTANDPUNKT 2-09

Politische Vierteljahresschrift

erscheint am 18. Juni

Erhältlich bei
Edelmann, Fürther Freiheit 2a, Fürth * Ex Libris, Bismarckstraße 9, Erlangen
Bahnhofsbuchhandlung Schmidt & Hahn, Bahnhofplatz 8, Nürnberg
Hugendubel, Ludwigsplatz 1, Nürnberg * Rüssel, Frankenzentrum, Glogauer Straße 38, Nürnberg
oder beim GegenStandpunkt Verlag, Augustenstr. 24, 80333 München, Tel (089) 272 16 04 - Fax (089) 272 16 05

FRAU SCHWAN WARNT...

Fortsetzung von Seite 1, Spalte 2 unten

Beispiel zu nehmen (Merkel und Guttenberg, FAZ, 25.4.). So machen Merkel, Köhler und Guttenberg Stimmung für sich und gegen die Linie von Frau Schwan.

Die wiederum weist den Vorwurf, an der demokratischen Reife des Volkes zu zweifeln, vehement zurück. Sie macht dem Volk das Kompliment, „die Deutschen könnten es verkraften, wenn die Realitäten offen angesprochen würden“ (Schwan, FAZ 27.4.). Die Härten, die man vom Volk verlangt, offen ansprechen und als Politiker Verständnis für möglicherweise daraus folgende Unzufriedenheit äußern, Missstände und Schuldige beim Namen nennen, das ist die Art, wie man es in Krisenzeiten schafft, „die wachsende Lücke zwischen den unerhörten Vorgängen in der Wirtschaft und der Gerechtigkeitsfrage zu schließen“ (Wirtschaftshistoriker Abelschauer), wie man also so über die Krise redet, dass das Volk die eigene Sicht auf die anstehenden Probleme und deren Bewältigung teilt. Damit ist ein neues Thema auf dem

Tisch: Welche Art über das Verhältnis von Volk und Führung zu reden ist besser für dieses Verhältnis? Verdient nicht der am ehesten die Zustimmung des Volkes, der sie dadurch pflegt, dass er es ernst nimmt und „den Finger auf eine Wunde“ (Künast, FAZ, 27.4.) legt oder tut eine Führung mehr für die Zustimmung des Volkes, die nicht nur „Sorgen beschreibt“, die „angesichts der Wirtschaftskrise alle haben“, sondern unerschütterlich wie das Volk selbst, Optimismus verstrahlt und so „Orientierung“ (Heil, FAZ, 28.4.) bietet? Schließlich kommt auch noch der CDU-Niedersachsen-Wulff der SPD-Präsidentenschaftskandidatin zu Hilfe und bescheinigt ihr: „Wer Gesine Schwan kennt, weiß, dass sie keine sozialen Unruhen schüren wollte.“ Und präsentiert sich als der Bedächtigste von allen, der mitten im schönsten Streit zwischen und über alle Lager hinweg die Einigkeit stiftet, auf die es so sehr ankommt: „Wir sollten Frau Schwan, unserem Bundespräsidenten Köhler und allen anderen, die nachdenklich reden, aufmerksam zuhören.“ So hat man mitten in der größten Krise seit 1929 ein wunderbares Wahlkampfthema: Alle Parteien präsentieren

Abwrackprämie

oder:

Die schäbige Rolle der kleinen Kaufkraft

Die Behauptung, der Staat wolle seine Bürger von ihren alten Kisten erlösen, hat gottseidank keiner in die Welt gesetzt. Auch dass er der armen Umwelt einen Gefallen tun wollte, wird nicht ernsthaft behauptet. Ganz unverblümt wird diesmal mit der Wahrheit argumentiert: Die *Abwrackprämie* ist dafür da, der krisengefährdeten Automobilindustrie und allem, was daran hängt, einen Gewinnschub zu verleihen. Dafür soll, als ein Instrument unter anderen, die *Kaufkraft des Volkes* eingesetzt werden. Da der Staat weiß, dass es um die nicht zum Besten steht, greift er ihr – außergewöhnliche Umstände erfordern außergewöhnliche Maßnahmen – mit 2500 Euro unter die Arme, tut seinem Volk also die Ehre an, als *wirtschaftspolitischer Faktor* zu fungieren: Das Geld wird nicht direkt in die Autoindustrie gesteckt, sondern soll sich als *Nachfrage* in den Autohäusern melden. Überlassen wir die Frage, ob das nun für die berühmte Nachhaltigkeit und bei der Autoindustrie für Durchhaltewillen und Optimismus sorgt, den wirtschaftspolitischen Experten. Klargestellt ist damit auf jeden Fall: Kaufkraft ist ein ökonomischer Auftrag, sich im Dienst einer profitlichen Versilberung des Warenkapitals nützlich zu machen, erst recht in der Krise – und die Prämie soll dafür einen Anreiz bieten, der nicht ohne Weiteres auszuschlagen ist: Wann bekommt man schon vom Staat etwas geschenkt!

Die Maßnahme ist erfolgreich, der Prämientopf nach kurzer Zeit fast ausgeschöpft. Und doch: ausgerechnet journalistische Experten, die sonst den privaten Konsum nur als Kaufkraft kennen, fangen an zu zetern. Sie haben erhebliche Bedenken – beispielhaft Köhler in der FAZ vom 9.4. –, ob es die Funktionalisierung der Kaufkraft in diesem Fall bringt. Das geht los mit der Frage, ob ein vom deutschen Staat ausgestatteter Kaufkraftinhaber seine Kaufkraft auch in deutsche Autos investiert – die Warnungen früherer Tage vor „protektionistischen Tendenzen“ spielen jetzt mal keine Rolle. Das geht dann weiter zu der Sorge, „der staatliche Eingriff verzerrt den Wettbewerb schon in der Automobilbranche und zieht Kaufkraft aus anderen Konsumbereichen ab“, was dann in „Strohfeuer und bald in Katzenjammer“ endet – auch eine Art, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Kaufkraft des gemeinen Volkes allemal eine *beschränkte* ist. Das interessiert den Kommentator allerdings nicht wegen der Sorgen derer, die damit ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen. Die Beschränktheit dieser Ressource macht es für ihn fraglich, ob sie die von ihr erwartete wirtschaftspolitische Leistung bringt; die Stimulierung eines bestimmten Konsums mit Haushaltsmitteln (alias „Steuergeldern“) erscheint ihm als glatte Verschwendung.

Und damit nicht genug. Die geringfügige Aufstockung der Mittel im Portemonnaie von Otto Normalverbraucher erscheint ihm nicht

nur ökonomisch verfehlt, sondern symptomatisch für eine *moralische Degeneration* des Verhältnisses von Volk und politischer Führung. Die Abwrackprämie, so die Diagnose, ist ein „Lockangebot an die deutsche Volksseele“, die sich dafür, das war zu erwarten, empfänglich zeigt: „... erst die Verheißung des staatlichen Zuschusses setzte die Massen in Bewegung“. So weit ist es in Deutschland gekommen, dass der Staat seine Entscheidungen zur Bewältigung der Krise von den materialistischen Berechnungen der Leute abhängig macht, dafür auch noch Prämien aussetzt und damit letztlich nur eins belohnt: eine grundsätzlich verkehrte, weil berechnende Einstellung zum Staat. Und diese Zersetzung der Sitten ist nicht erst mit der Abwrackprämie eingerissen: „Denn dazu hat der deutsche Sozialstaat ganze Generationen erzogen: Prämienoptimierer zu werden.“ Und von denen ist nicht zu erwarten, dass sie merken, in welche Falle sie damit rennen:

„Staatliche Fürsorge, in welcher Form auch immer, trifft in Deutschland selten auf Widerspruch. Nicht viele Politiker und Parteien warnen vor der Entmündigung, die in ihr steckt.“

Gut, dass wenigstens der Journalist sein Wächteramt ernst nimmt und an seinem Herrschaftsideal alle blamiert: das niedrige Volk mit seiner Begehrlichkeit sowieso, aber auch die Politiker, die die Nachgiebigkeit gegenüber dem Anspruchsdenken als Fürsorge verkaufen und damit die sittliche Entwicklung der Volksseele verbauen. *Mündigkeit* besteht für diesen demokratischen Radikalinski der bedingungslosen Gefolgschaft offensichtlich in dem Paradox der von keiner Berechnung verfälschten Unterordnung des Bürgerinteresses unter die Staatsnotwendigkeiten – als Akt der Freiheit! Andererseits ist er Realist genug, um zu konstatieren, dass sich in einem *Wahljahr* keiner an seine hohen Ansprüche hält:

„Die drei Volksparteien sind sich in der Karwoche rasch einig geworden, dass man den so genannten kleinen Mann, nachdem man ihm eine kräftige Dosis Fürsorge verabreicht hat, nicht auf Entzug setzen darf.“ Volksparteien stehen halt ständig mit einem Fuß in der Populismusfalle!

Solche von tief empfundener Volksverachtung getragene Sorge um die Demokratie kann sich des Beifalls der klugen Köpfe sicher sein, die beim Kauf einer ihrem gesellschaftlichen Status angemessenen Karosse nicht auf läppische 2500 Euro angewiesen sind. Sie sind schließlich „die Wirtschaft“ und – nicht nur theoretisch – sicher, dass das Allgemeinwohl mit dem Wachstum ihres Privatvermögens zusammenfällt. Und wenn die Politiker verlangen, dass auch die zahlungsfähigen Bedürfnisse des kleinen Mannes dafür eingespannt werden, dass wieder Vertrauen ins kapitalistische Geschäft entsteht – müssen sie ihm dafür so viel Geld nachwerfen?

Vorabdruck aus *GegenStandpunkt* 2-09

sich beim Wahlvolk mit ihrer jeweiligen Antwort auf die spannende Frage, auf welche Weise man dem Volk am überzeugendsten die Krisenbewältigung als Gemeinschaftswerk von Volk und Führung nahebringen kann, um es vor Unruhen zu schützen, die womöglich von ihm ausgehen könnten, wenn es nicht so ruhig bliebe, wie es ist. Ganz egal, wessen Bemühungen das so betörte Stimmvieh am Ende mit seinem Kreuzchen belohnt – die Demokratie ist auf alle Fälle gerettet.

Wenn alle Welt schon ihren Senf zu diesem Thema abgibt, dann will auch Die Linke nicht abseits stehen. Schließlich will sie die Wahlkreuzchen der dreieinhalb Restlinken und der enttäuschten SPDler abgreifen. Lafontaine gibt sich radikal oppositionell und fordert „den politischen Generalstreik als Protestmaßnahme“ (FAZ, 24.4.). Das ist echt mal etwas anderes: Kurz vor der Wahl einen politischen Generalstreik nicht machen, sondern fordern, durch ihn „Neuwahlen erzwingen“, die eh gerade stattfinden, und anschließend „neue gesellschaftliche Hoffnungen erzeugen“ (FAZ, 28.4.), indem man den Hartz IV-Empfängern mit der Erhöhung ihres Satzes auf 500.- EUR ein echt gemütliches Elendsniveau spendiert und indem man verspricht, den von der SPD ins Spiel gebrachten Mindestlohn sogar noch um 2,50 EUR höher zu setzen und das alles, damit Arbeitslose und Billiglöhner sich nicht den Rechtsradikalen zuwenden. Respekt! Da können sich die Sozialrevolutionäre von der Caritas direkt was anschauen!

2. Top-Job für Presseleute: Unruhen, von denen wir nicht das Geringste merken – was für eine wundervolle Gelegenheit, sittliche Höchstwerte zu wälzen!

Das ist ein gefundenes Fressen für die mehr oder weniger fest angestellten Betreuer des Zeitgeists aus den Zeitungs- und sonstigen Redaktionen. Nichts schöner als sich mit dieser Alternative zu beschäftigen und herumzophilosophieren, wie die Stimmung im Lande ist und auf welche Weise sie betreut gehört. Die Bildzeitung hat wie immer das Ohr am Gemüt der Massen und erledigt ihre Aufgabe in gewohnter Genialität mit einer einzigen Überschrift und ganz wenig Text, der aber alles sagt: „Müssen wir wirklich Angst vor sozialen Unruhen haben? ... Erst die Schockprognose der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute, schlimmster Konjunktüreinbruch seit 1949. Und jetzt die Angst: Löst die Krise Unruhe aus?“ (Bild, 24.4.) Der Trick besteht darin, dem Volk die einzig richtige Frage in den Mund zu legen und damit klar zu stellen: Diejenigen, die allenfalls das Subjekt sozialer Unruhe sein könnten, werden als die Aufpasser auf mögliche Unruhestifter und als die Opfer der Unruhe, die da eventuell gestiftet werden könnte, angesprochen. Als ob die Krise an sich nicht schon schlimm genug wäre – Bild erspart ihrer Klientel schlechte Nachrichten nicht, auch nicht die erwarteten 5 Millionen Arbeitslosen –, muss man obendrein noch mit Unruhen rechnen. Gegenwehr wird vorstellig gemacht als ein Schaden für das Gemeinwesen und seine Bildleser, der zu den von der Krise angerichteten Schäden noch erschwerend hinzukommt. Und es wird unterstellt, dass die so Angesprochenen froh sind, wenn Bild ein paar Zeilen später in Gestalt von verschiedenen Sachverständigen Entwarnung geben kann: „Die Gefahr von sozialen Unruhen sehe ich nicht“ ... „Die Deutschen verlassen sich auf den Staat und erwarten, dass er das in Ordnung bringen kann und wird.“ (Bild, 24.4.) Ja wenn das so ist, dann ist wohl klargestellt, dass dieses Volk sich nicht Bahnsteigkarten kauft, bevor es eine Revolution macht, wie ihm fälschlich nachgesagt wird, sondern dass es einen roten Teppich unter die grüne Minna der Bullen legt, die kommen, um die Randalierer abzuholen. Auch die ganze restliche Zeitungs- und Fernsehmafia, die für ein Publikum schreibt und sendet, das die Welt von einer höheren Warte zu betrachten gewohnt ist, findet das Thema „Sind Unruhen zu befürchten?“ enorm spannend. Nicht dass sie an die Harmlosigkeit der deutschen Massen nicht glauben möchten. Um einen deutschen Aufruhr zu finden müssen sie 80 Jahre zurückblicken. Aber grade auf dieser Basis beschäftigen sie sich so gerne mit dem Problem, wie man nicht vorhan-

denen Unruhen am besten schon im Vorfeld begegnet. Wenn es um nichts geht, eröffnen sich ungeahnte Freiheiten zum Erfinden von Gefahren für das Ensemble sittlicher Höchstwerte. Unbeschwert kann man blöde Fragen aufwerfen: „Genügt es, sich provozierende Unkenrufe wie die von Sommer und Schwan zu verbitten (natürlich nicht!) – oder braucht es ein beherztes politisches Handeln zur sozialen Befriedung einer beunruhigten Bevölkerung?“ („beherzt“, aber immer!). Man kann auch mal verfremdete Wahrheiten aufstischen: Unruhen sind in Deutschland „kein Teil der Nationalkultur“ (während sie in Frankreich und Italien zur Folklore zählen?) und aus der Abwesenheit von Gegenwehr in Deutschland ein Lob auf den Sozialstaat zimmern, das es in sich hat: Er ist so gut wie die Polizei, nur besser, wenn es um die Erledigung von Gegnern geht. „Nicht die Polizei und nicht die Justiz waren jahrzehntelang Garant des inneren Friedens in der Bundesrepublik; nicht Strafrechtsparagrafen und Sicherheitspakete haben für innere Sicherheit gesorgt. Es war der Sozialstaat: Geschäftsgrundlage für gute Geschäfte ... soziale Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger.“ (Heribert Prantl, SZ 24.4.) Wenn man eh der Auffassung ist, dass gute Geschäfte und soziale Sicherheit so ziemlich dasselbe sind, dann kann man dem Sozialstaat seine Berechtigung als bessere Polizei bescheinigen. Der Spiegel hingegen blickt mal wieder voll durch und kennt sich aus in der Welt: „Auf deutschen Straßen weitgehend ruhig ... Gewerkschafter; Globalisierungsgegner; Kapitalismuskritiker. Es waren die, die immer kommen.“ Wenn diejenigen, die den Kapitalismus kritisieren, ihn kritisieren und dafür auf die Straße gehen, dann widerlegt sich das quasi schon selber, weil es nämlich sie sind und nicht die anderen, die sie mit ihrer Aktion hinter der Ofenbank hervorlocken wollten, aber nicht hervorgelockt haben. „Die anderen blieben zuhause trotz Krise.“ Spricht das jetzt für ihre Schafsnatur oder gegen die Unruhestifter? Irgendwie für beides, denn wer nicht erkennt, dass die Deutschen für seine Avancen zu schafsnaturig sind, ist selber ein Schaf. Und dann noch die moderne Fassung des „Geht doch nach Drüben“: „Deutsche mögen es harmonisch ... Frankreich ist für Gewerkschafter das, was England für Investmentbanker war, das Grenzenlos-Land“. Der Spiegel hält nun mal weder was von gescheiterten Investmentbankern, noch von gescheiterten Volksauführern und hält Misserfolge für etwas, das eigentlich bloß im Ausland beheimatet sein kann. „Nach der Agenda 2010 vielleicht eine Agenda 2020 ... Ob es dann zu großen Protesten oder Gewalt kommen wird? Das wird auch davon abhängen, ob noch mehr Politiker oder Gewerkschaften mit dem Aufruhr der Massen drohen werden.“ Jedenfalls hängt auch der Spiegel dem konservativen Dogma an, dass man Gründe für soziale Unzufriedenheit am besten erledigt, indem man diejenigen mundtot macht, die auf ihnen herumreiten. (Der Spiegel 18/2009, S. 44 ff.) Bleibt noch die Zeit: Unter dem Titel „Lob des Sozialstaats“ lobt sie nicht diesen, sondern die Deutschen, die so „wunderbar gelassen, vernünftig und solidarisch“ sind und sich „durch ein bisschen Abschwung nicht den Tag verderben lassen“. Denen bescheinigt die Autorin, „nicht bestechlich zu sein“, denn sie machen ihre „Zustimmung nicht an Rentenformeln und Hartz-IV-Sätzen“ fest und lassen sich schon gleich nicht vom „Verzicht auf den Zweiturlaub“ von ihrer Loyalität dem Wertesystem gegenüber abbringen. Und wer so viel einsteckt und sich nicht beschwert, hat sich eine Belohnung verdient: „Politiker, die keine Angst vor ihren Bürgern haben“ (Zeit, 30.4.).

Vorabdruck aus *GegenStandpunkt* 2-09

<p>Die aktuellen Analysen der GEGENSTANDPUNKT-Redaktion können nachgelesen werden unter: www.gegenstandpunkt.de/radio/gsradiotext.htm</p> <p>Dokumentationen von Vorträgen im mp3-Format sind abrufbar unter: www.argudiss.de</p> <p>Sozialistische Hochschulgruppe Erlangen-Nürnberg (SHG) c/o Studierendenvertretung, Turnstr. 7, Erlangen www.sozialistischegruppe.de E.i.S.: Vi.S.d.P.: E.Piendl-Witzke, c/o Turnstr. 7, Erlangen</p>
--

WAHLEN / OBAMA

Fortsetzung von Seite 1, Spalte 4 unten

„We can believe in“. Die kommt in der vereinnehmenden 1. Person Plural daher, der die unzufriedenen Bürger zum virtuellen Mitsubjekt des Wandels erhebt, wobei von vorneherein klar ist, wie das so beschworene Gemeinschaftswerk gemeint ist. *Sie*, die Bürger, sollen an *ihn* glauben. Und mitmachen, indem sie ihn, Obama, zum Präsidenten machen, der dann von der Spitze des Staates aus den Wechsel garantiert. Von daher passt es nur zu gut, wenn das zur Wahlkampfshow herbei geilte Fußvolk die griffige Kurzform der Parole als Refrain anstimmt, wann immer der Mann am Mikrofon sie ihm vorformuliert. „Yes we can.“ Als Akklamation für einen neuen Führer und als Zeichen der Bereitschaft, die ihm angetragene Rolle zu übernehmen. Verlangt ist „hope“, die Überführung der an- und eingesammelten Unzufriedenheit in eine ebenso prinzipielle wie grundlose Zuversicht, die sich auf die Wachablösung des Herrschaftspersonals richtet. Das ist die politische Willensbildung, auf welche die Demokratie so stolz ist. Sie arbeitet zielstrebig auf die Verwechslung hin, welche die Bürger sich einleuchten lassen sollen: die Verwechslung in Bezug auf den Grund ihrer Misere. Alle Schädigungen und uneinlösbaren Ansprüche, die das Wirken der Staatsgewalt und die systemgemäße Indienstnahme der Leute hervorbringt, werden dem alten Regierungspersonal angelastet; sie werden abgebucht auf dem Konto „das Erbe von Bush“. Und alle Hoffnungen und Erwartungen werden nach Kräften auf ihn, den *neuen Hoffnungsträger*, fokussiert. Verfangen kann solch eine Kampagne nur, wenn der menschlichen Manövriermasse der Herrschaft eine andere, fundamentale Verwechslung zur Gewohnheit geworden ist: wenn Leute die Schädigung ihrer Interessen nicht gegen die Konkurrenz-Ordnung aufbringt, die sie sich dauernd bieten lassen, sondern ihre fatale *Abhängigkeit von der politischen Gewalt* zum Anlass nehmen, auf mehr Rücksicht und *günstigere Behandlung durch die Obrigkeit* zu setzen und sehnlichst auf entsprechende Angebote der ‚Zuständigen‘ zu warten. Das erfolgreiche Ausschlichten dieser Dummheit ist exakt die Wahlkampfstrategie des oppositionellen Präsidentschaftskandidaten Obama. Auf dass die enttäuschten Bürger ihre Täuschung erneuern und sich ausgerechnet davon eine Besserung versprechen, dass sie einem anderen politischen Häuptling die Fortführung der Staatsgeschäfte übertragen, also ihm das Kommando über das Arsenal der staatlichen Mittel und die Entscheidung über ihre eigenen Lebensbedingungen überlassen. Dazu gehört, dass sie die Lüge unterschreiben, die ihnen Obama als Argument für die Berechtigung ihrer Hoffnung serviert – „Amerika, du bist besser.“ Will sagen: besser als du *tatsächlich bist!* Sie müssen sich als unverbesserliche Untertanen aufführen, die auf ‚Amerika‘ bauen, egal, was es sie kostet. Nur dann leuchtet ihnen nämlich Obamas Diagnose ein, dass sie unter dem *Versagen* des letzten, des Anti-Terror-Präsidenten leiden und nicht unter der tatkräftigen Mission, der amerikanischen Nation die Weltmacht zu sichern; und dass der Glaube an den *neuen Führer* der einzig realistische Weg ist, ‚etwas zu verändern‘ – realistisch: weil der dann über die Macht verfügt, die sie ihm geben; und zur Hoffnung berechtigt: weil der sie noch nicht hatte und Änderung verspricht.

*

Obama tut alles, was nötig ist, um die multiple Unzufriedenheit im Volk fruchtbar zu machen für einen Wählerauftrag zum Regieren, also für seinen Erfolg gegen die anderen zur Auswahl stehenden Konkurrenten, zwei ‚erfahrene Profis‘ aus der politischen Elite: zuerst die demokratische Rivalin H. Clinton, dann den republikanischen Vietnam-Haudegen McCain. Und nötig ist dafür nur eines: Die Bürgermehrheit der USA muss von der ebenso irrsinnigen wie wahlentscheidenden Aussicht ‚überzeugt‘ werden, dass der *Glaube an ihn* als Hoffnungsträger *berechtigt* ist, sprich: dass *er* es wirklich ernst und gut meint mit dem versprochenen Wandel. Weil mit der Ermächtigung des Präsidenten der Einfluss des demokratischen Souveräns, des Volkes, auf die Herrschaft beendet ist, wünscht sich das Volk *glaubwürdige Führer*, die ihre Frei-

heit zum Machtgebrauch nicht ‚missbrauchen‘. Diesen Wunsch zu bedienen, um ihn politisch zu funktionalisieren, ist die Hauptsache im demokratischen Wahlkampf. Obama und seine politischen Rivalen konkurrieren dementsprechend darum, das *Vertrauen* der Regierten *auf sich zu ziehen*. Das erfordert einige manipulative Anstrengungen, „ein Spiel mit den Emotionen“, das der Kandidat Obama den öffentlichen Begutachtern zufolge so „perfekt beherrscht“. Das sich im *Privatleben* hin und wieder einstellende, aus der Kenntnis eines Menschen resultierende Einvernehmen, welches gerade die Gewissheit einschließt, dass von ihm eine Schädigung der eigenen Interessen nicht droht, soll schließlich auf das *politische Gewaltverhältnis* angewandt und für es produktiv gemacht werden. Um das persönliche Zutrauen für seine Installation als Herrscherfigur zu mobilisieren, muss er es erst mal *aufbauen*. Es gilt, die eigene politische *Glaubwürdigkeit* öffentlich und öffentlichkeitswirksam, also erfolgreich in Szene zu setzen. In dieser *Persönlichkeitskonkurrenz* um die effektivste *Volksbetörung* kann der „rasante Aufsteiger Barack Obama“ einige Spezialitäten vorweisen, die sich – ex post betrachtet – als entscheidende Pluspunkte erweisen.

- Er gibt das *Thema* vor: Bush hat schlecht regiert, deshalb braucht es eine Wende zum Guten. Die Alternative, die Amerika braucht, ist er. - Er *personifiziert Wandel*, den er propagiert. Er bietet das Bild einer Persönlichkeit, welche souveräne Kompetenz und Entschlossenheit zu effektiver Krisenbewältigung statt ideologischer Voreingenommenheit auszeichnet. Er präsentiert sich als ein neuer Typ von Politiker, der ‚authentisch‘ bleibt und die politischen (Un-)Sitten verändert: der die Vermischung von materiellem Egoismus und Amtspflichten beendet, der gemeinwohlschädliches parteipolitisches Machtkalkül hinter sich lässt, der statt Arroganz und falscher Kumpagnei ein ehrliches Verhältnis zum normalen Volk pflegt und so die Ernsthaftigkeit seiner „Vision“ auch menschlich verbürgt. - Und es fügt sich glücklich, dass er über *natürliche Ausstattungsmerkmale* verfügt, die er und seine Styling-Berater gar nicht eigens konstruieren müssen und die ihm, ebenso gratis, von der Öffentlichkeit als Vorzüge gutgeschrieben werden. Er ist nicht nur jung und sieht gut aus. Für die Glaubwürdigkeit seines change-Versprechens bürgt zu guter Letzt sogar seine abweichende *Hautfarbe* – ein Merkmal, welches seinem Träger *normalerweise* zum Konkurrenznachteil gereicht. *Als Schwarzer* steht Obama für die Underdogs und Opfer des Systems und den *Willen*, ‚etwas zu ändern‘. Als Schwarzer, der neben seinem Elitestudium Sozialarbeit machte, statt als Zögling eines amerikanischen Politclans à la Bush groß zu werden, eignet er sich prächtig dafür, die ur-amerikanische Unzufriedenheit des freiheitsliebenden ‚taxpayers‘ mit dem ‚politischen Establishment‘ und denen im fernen ‚Washington‘ einzukassieren. Und als „kometenhafter Aufsteiger“, der ‚es‘ – sprich: eine politische Parteikarriere – trotzdem geschafft hat, kann man ihm auch die *Fähigkeit* zur Durchsetzung nicht absprechen.

In dem Maße, wie der Zulauf des Wahlvolks und die Umfragen bestätigen, wie sehr er bei diesem „ankommt“, bekommt Obama das *Charisma*, das Clinton und McCain nicht haben. Mit diesem Kompliment wird die Tatsache, dass sich politische Untertanen von einem Politiker, der die Herrschaft über sie beansprucht, persönlich beeindruckt und begeistern lassen, zum individuellen Merkmal des *Menschen im Staatsmann* stilisiert: Die unwiderstehliche Ausstrahlungskraft, die man einem wie Obama attestiert, firmiert als überzeugendes Argument dafür, dass man sich von ihm nur allzu gerne führen lässt. Das untätige Bedürfnis nach einer guten Führerautorität wird so zum Qualitäts- und Berechtigungsausweis für den Politiker, der es derart eindrucksvoll zu bedienen versteht.

*

Im so genannten Charisma eines Staatsmanns wie Barack Obama trifft sich die akkumulierte Unzufriedenheit der Bürger mit einer politischen Persönlichkeit, die sie gekonnt ausschaltet. Kein Wunder, dass sich in Zeiten von Krisen und Kriegen die Zahl charismatischer Führer erhöht. Die Obamania ist so ein Idealfall demokratischer Herrschaft, ein Mus-

Diskussionsveranstaltung der SHG in Erlangen:

Die Leistung der demokratischen Wahlen – vorgeführt von Barack Obama

Wie die Unzufriedenheit der Bürger produktiv gemacht wird für die Fortschritte der Herrschaft

Mittwoch, 24. Juni 2009, 20.00 Uhr

Turnstraße 7 (Gebäude des Sprecherrats, 1.OG), Erlangen

Diskussionstermin in Nürnberg: regelmäßig dienstags, 19.30 Uhr, Desi, Brückenstraße 23, Themen siehe: www.sozialistischegruppe.de

terbeispiel für die Leistung, welche die periodischen Wahlen gratis erbringen. Die sind ein Verfahren und eine Gelegenheit, den sich notwendig einstellenden Dissens mit der ökonomisch gebeutelten und politisch drangsalierten Bevölkerungsmehrheit immer wieder aufzulösen. Durch das Angebot eines Personalwechsels an der Spitze wird deren freiwillige Zustimmung zur Staatsgewalt stets aufs Neue mobilisiert, eingefordert und eingeholt.

2. Change als Forderung an die politische Klasse der USA: Selbstkritik der Weltmacht – für die Neusortierung ihrer politischen Erfolgsmittel

Unzufrieden mit den Wirkungen der staatlichen Politik ist nicht nur die Masse der amerikanischen Bevölkerung, der Obama die konstruktive Perspektive bietet, dann doch *ihn* zu wählen. Unzufriedenheit hat sich auch angesammelt in weiten Teilen der politischen Elite, die mit der Führung der Staatsgeschäfte betraut ist und um sie konkurriert. Alle Kandidaten, die sich diesmal zur Wahl stellen, verlangen deshalb *Korrekturen am Gebrauch der Macht*, vor allem eben Barack Obama. Der change, der da gemeint ist, betrifft nicht das Einkassieren der Stimmung und Stimmen der Wahlbürger, sondern in der Tat die materielle Ausgestaltung der Herrschaft. Dieser Wechselbedarf hat seinen Bezugspunkt nicht in den scheiternden Privatrechnungen und Wünschen der Leute aus dem Volk; sein Kriterium ist umgekehrt der *Erfolg der amerikanischen Staatsgewalt*, dem die Indienstnahme der Leute gilt. Und da liegt – so das Ergebnis der Besichtigung durch den Oppositionskandidaten – einiges im Argen. Seine allgemeine Bestandsaufnahme –

„Unsere Nation ist im Krieg, unsere Wirtschaft in Aufruhr und das amerikanische Versprechen ist wieder einmal in Gefahr.“ (August 2008) – diagnostiziert eine bedrohliche Lage für die Weltmacht Nr. 1 und steht für einen ebenso umfassenden Sanierungsauftrag, dem er sich zu widmen verspricht. Die Misserfolge und Drangsale der Nation sind für ihn – wie für jeden Staatsmann – selbstverständlich kein Anlass, die ökonomischen und strategischen Ansprüche des Staates zurückzuschrauben, sondern ein zwingender Grund, die – vom zuletzt amtierenden Präsidenten – eingesetzten *Mittel und Strategien* in Frage zu stellen und alternative, erfolgsträchtigere Rezepte in Anschlag zu bringen. Aus diesem Blickwinkel heraus – werden das Desaster, in das sich das Finanzkapital hineingewirtschaftet hat, sowie die eskalierenden Einbrüche der „Realwirtschaft“ zu eindeutigen Belegen für mangelnde Aufsicht über die spekulativen Geschäftspraktiken im Kreditsektor bzw. für viel zu halbherzige Rettungsmaßnahmen;

- firmieren der faktische Bankrott der US-Autoindustrie, die auf ‚überholte Spritschlucker‘ setzte; die gestiegenen Öl- (und Benzin-)Preise; die nicht verfügbaren alternativen Energiequellen; die verweigerter Klimapolitik ... einzeln und in der Summe als klare Indizien für ‚überholte Rezepte‘ und ‚verpasstes Umsteuern‘ in der Wirtschafts-, Energie- und Umweltpolitik – für eine verantwortungslose Passivität des Staates, die „Amerika erpressbar und von seinen Feinden abhängig macht“; - gelten die nach wie vor nicht erledigten Feindstaaten und Terroristen ebenso wie die mangelnde Unterstützung des Antiterrorkrieges durch die Verbündeten als eindeutige Beweise für falsche militärische Prioritätensetzungen und Strategien sowie für einen fahr-

lässigen Verzicht auf das Instrument der bi- und multilateralen Diplomatie, weshalb den Feinden Amerikas (Iran, Syrien etc.) keine echten Testangebote für eine freiwillige Unterordnung eröffnet und die Freunde Amerikas unnötigerweise verprellt wurden. Usw. Unabhängig davon, was aus solcher Kritik im Einzelnen praktisch folgen wird, stellt Obama mit all seinen negativen Befunden über das Wirken des George W. Bush eines klar: Er wird der Politik Amerikas eine Änderung der Mittel und Wege verordnen, um sicherzustellen, was nicht mehr sicher ist: dass Amerika der selbstverständliche Nutznießer der globalisierten Konkurrenz und die Führungsmacht ist, der kein Staat der Welt den verdienten Respekt versagen kann.

So demonstriert die change-Kampagne des Barack Obama eine zweite herrschaftsförderliche Leistung, welche der demokratische Herrschaftsmodus beinhaltet. Die turnusmäßige Wahl-Entscheidung über die neue Regierungsmannschaft bietet den Vertretern der politischen Klasse die institutionalisierte *Gelegenheit* zu einer *Zwischenbilanz über die Lage der Nation*, die sie am Ende der Amtsperiode vorfinden. Vor allem die bis dato oppositionellen Politiker, denen die Befangenheit und das Beschönigungsmotiv der jeweiligen Regierungsmannschaft abgeht, sind geradezu prädestiniert für eine kritische Überprüfung der angewandten Strategien und Rezepte, wie die Volksvertreter den zweckmäßigen Gebrauch des Arsenal der politischen Gewalt nennen, dessen sie sich frei bedienen können. So vollziehen die professionellen Experten der nationalen Machtelite regelmäßig eine interne politische Abrechnung, indem sie ihre Maßnahmen im Lichte der (uneingelösten) Machtambitionen des Gemeinwesens bestätigen oder verwerfen. Und ‚frische Kräfte‘ und Hoffnungsträger wie Obama können – erst einmal gewählt – die Freiheit eines ‚Neuanfangs‘ in Anspruch nehmen, nach innen wie nach außen. So beweist die demokratische Konkurrenz ehrgeiziger Machtmenschen ihre Funktionalität für eine effektive Staatsgewalt.

*

Wer diese Konkurrenz gewinnt – und damit, wie viel Kontinuität und wie viel Wende von der nächsten Regierungsmannschaft ausgeht –, das macht ein demokratischer Staat wie die USA davon abhängig, *wem* das unzufriedene Volk am Wahltag wie viel Zustimmung erteilt. Das Objekt der Herrschaft hat zwar nichts zu sagen über das *Was* und *Wie* der fälligen politischen Veränderungen, dafür sind alleine die Experten der Staatsführung zuständig. Die aber müssen ihren Willen zur Ausübung der politischen Gewalt dem Votum des Volkes aussetzen, das dann nach *seinen* Beweggründen und *seinem* Geschmack entscheidet, welche der gebotenen Alternativen zum Zuge kommt und welche nicht. Das ist ein Risiko für die *Kandidaten*, für die *Demokratie* ist es keines – jeder Urnengang führt schließlich zur gewünschten Ermächtigung einer Staatsführung. Dieses Mal delegiert die Mehrheit ihren Willen an Mr. Obama. Seine Rechnung geht auf, die Unzufriedenheit der Bevölkerung produktiv zu machen für eine Korrektur des Machtgebrauchs, die einzig am Erfolg der Staatsgewalt Maß nimmt. Es gelingt ihm, eine radikale Wechselstimmung im Land zu erzeugen und die Hoffnungen von unten mit seinem Aufbruchprogramm von oben zu verknüpfen. So bekommt er das Vertrauen, das er verlangt, und damit die *Freiheit*, *seine* Unzufriedenheit mit der Lage der Nation in Politik umzusetzen.

Auszug aus: *GegenStandpunkt 1-09*